

Familien-Partei



Wahlprogramm zur Europawahl 2024

Beschluss

des Europaparteitages der Familien-Partei Deutschlands

Billerbeck, 01 April 2023

**EU-Wahlprogramm der Familien-Partei Deutschlands für die
Wahl zum XX. Europäischen Parlament 2024**

Inhaltsverzeichnis

I. Präambel.....	4
II. Sozial- / Familienpolitik.....	6
1. Europäisches Kindergeld.....	7
2. Erziehungsgehalt.....	8
3. Europäische Rente.....	9
4. Wahlrecht ab Geburt.....	10
5. Erleichterung der Annahme einer Ausbildung.....	10
6. Kostenloses einjähriges Bahnticket zum 18 Lebensjahr.....	10
III. Wirtschaft und Finanzen.....	11
1. Finanztransaktionssteuer.....	12
2. Europaweit geltende Kapitalertragssteuer von 25 - 35%.....	13
3. Einführung europäischer Mindeststeuersätzen.....	13

	1
4. Entzug der Bankenlizenz.....	14
5. Euro-Bonds	14
6. Freihandelsabkommen	15
7. Bargeld.....	16
IV. Landwirtschaft	16
1. Export von Agrarprodukten.....	16
2. Keine Benachteiligung der Nebenerwerbslandwirte	17
3. Grundrecht auf Wasser	17
4. Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat.....	18
5. Tierschutz.....	18
V. Energie, Umwelt und Klima	19
1. Energiewende	19
2. Aufbau eines europäischen Stromnetzes	20
3. Marktübliche Energiepreise und kein europäisches EEG.....	20
4. Stärkung der Europäischen Umweltagentur (EUA)	21
5. Co2 Zertifikate	21
VI. Infrastruktur	22
1. Verstärkte Förderung von Großprojekten	22
2. Innereuropäische Mobilität	22
VII. Verteidigung / Inneres	23

Familien-Partei

1. Ausbau Auskunftsrechte innereuropäischer Behörden.....	24
	2
2. Umgang mit Flüchtlingen.....	24
3. Standardisierte Militärobjekte	25
4. Einsetzung einer Europäischen Armee	25
VIII. Parlamentsrechte stärken	26

I. Präambel

Für ein familienfreundlich ausgerichtetes und starkes Europa!

Bei der kommenden Wahl zum XX. Europäischen Parlament wird die Ausrichtung für das Europa von (über-)morgen bestimmt.

Bei der anstehenden Wahl entscheiden Sie über die Schwerpunktsetzung der folgenden Legislaturperiode und darüber hinaus.

Der Staatenverbund der Europäischen Union bedarf starker Impulse zur Einigkeit und ein stärkeres Zusammenstehen der Mitgliedsstaaten.

Die Identifizierung der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit Europa ist maßgeblich für ein nachhaltiges Fortbestehen der Europäischen Union.

Hervorgegangen aus der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) wandelte sich die Europäische Union von einem Wirtschaftsbündnis hin zu einem Agrarbündnis. Dadurch sind die Mitgliedsstaaten inzwischen weit verzweigt und viele durch den Euro stark aneinandergebunden.

Jedoch bedarf es einer Umstrukturierung und Ergänzung der bestehenden Aufgaben innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

Wir von der Familien-Partei Deutschlands fordern eine neue Schwerpunktsetzung und eine Neuausrichtung der Europäischen Union.

Die Europäische Union muss familienfreundlicher ausgestaltet werden. Sozialpolitische Akzente sind nun der Schlüssel, um Europa wieder als starken und verlässlichen Kontinent für die europäischen Bürgerinnen und Bürger werden zu lassen.

So ist ein europäisches Kindergeld, welches zusätzlich zum nationalen Kindergeld existieren soll, ein Grundpfeiler einer neuen sozialpolitischen Ausrichtung.

Nur aus starken Familien heraus kann eine leistungsstarke Gesellschaft

Familien-Partei

entstehen, die sich im globalen Wettbewerb behaupten kann. So fordert die Familien-Partei Deutschlands grundlegend ein Erziehungsgehalt, ein kostendeckendes Kindergeld und ein Wahlrecht ab Geburt stellvertretend durch die Eltern.

Im Moment ist Familienpolitik im europäischen Parlament gar kein nennenswertes Thema. Dies muss unbedingt geändert werden, wobei sie dem Arbeitskreis Arbeit und Soziales zugeordnet werden sollte. Denn Kindererziehung und -betreuung durch die Eltern ist Arbeit und entsprechend zu entlohnen. Bei der häuslichen Pflege wurde dieser Schritt bereits vollzogen. Er muss auf die Kindererziehung und -betreuung ausgedehnt werden. Damit würde die Ungerechtigkeit beseitigt, dass die Renten von der Gesamtgesellschaft getragen, während die Kosten der Kinder überwiegend den Eltern aufgebürdet werden. Dies hat zu einer so niedrigen Geburtenrate geführt, dass europaweit Fachkräftemangel herrscht und die Sozialsysteme bald nicht mehr zu finanzieren sind. Ob die Lücke durch Zuwanderung geschlossen werden kann, ist umstritten. Die Familien-Partei ist für mehr Geburten in Europa und eine begrenzte Zuwanderung, damit sich keine Parallelgesellschaften bilden, die eine ganz andere Kultur nach Europa bringen.

Europa ist ein weltweit einmaliges Projekt und beruht auf gemeinsame Werte und dem Frieden. Auch für die Ukraine fordern wir einen Waffenstillstand und diplomatische Verhandlungen zur Problemlösung. Wir wollen den (Stellen-)Wert der Familien in der Europäischen Union erheblich stärken. **Stärken sie daher Uns mit Ihrer Stimme am 09.06.2024!**

Wählen Sie die Familien-Partei Deutschlands für ein Europa der Möglichkeiten und Chancen und damit unsere nachfolgenden Generationen in Frieden und Freiheit aufwachsen können!



II. Sozial- / Familienpolitik

Die Europäische Union wurde einst gegründet, um den Frieden zu erhalten und die Wirtschaft erblühen zu lassen, was innerhalb der europäischen Union auch verlässlich geschehen ist. Der Wohlstand wuchs seit Begründung der EWG beachtlich.

Bis heute ist jedoch lediglich die gemeinsame Agrarpolitik die einzige vollständige gemeinschaftliche Förderpolitik der europäischen Union, wodurch der relativ hohe Anteil des Agrarbereichs (einschließlich Förderung ländlicher Entwicklung) am EU-Haushalt gerechtfertigt wird.

Wir von der Familien-Partei Deutschlands fordern daher eine Neuausrichtung der Europäischen Union, um auch die Akzeptanz der Bevölkerung für die Europäische Union maßgeblich zu steigern. Die Eurostaaten müssen sich nach einer gemeinsamen Währung und einer gemeinsamen Agrarpolitik das gesamtgesellschaftliche Aufgabenfeld der Familien- und Sozialpolitik annehmen.

So ist mit der Geburt eines Kindes für alle Eltern ein gravierender wirtschaftlicher Nachteil verbunden. Kinder sind auch im 21. Jahrhundert das größte Armutsrisiko. So lebt allein in Deutschland jedes 5. Kind mit seinen Eltern in Armut.

Dies hat dazu geführt, dass die Geburtenrate in Deutschland 2022 inzwischen bei gerade mal 1,46 Kindern pro Frau lag und damit ist Deutschland innerhalb Europas am unteren Ende.

Es ist offensichtlich, dass die Rahmenbedingungen für (zur) Familien(-gründung) verbessert werden müssen, alleine um zu verhindern, dass Familien mit Kindern in Armut leben und aufwachsen müssen. Die Familien-Partei sieht dies sowohl in Deutschland wie in ganz Europa als ihre vordringlichste Aufgabe an und fordert daher die Schaffung einer Familienkasse, in der alle 4% ihres Bruttoeinkommens einzahlen, um ein kostendeckendes Kindergeld, ein Erziehungsgehalt und eine angemessene Rente für Eltern unabhängig von den

Haushalten des Bundes, der Länder und Kommunen zu finanzieren.

Die Familien-Partei Deutschlands erhofft sich durch die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen, dass wieder mehr Kinder geboren werden; die Sozialsysteme finanzierbar und erhalten bleiben; Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben; kein Kind in Armut aufwachsen muss; Abtreibungen aus sozialen Gründen nicht mehr durchgeführt werden; Unterhaltszahlungen entfallen; Familien, vor allem Alleinerziehende, nicht mehr dem Armutsrisiko ausgesetzt sind; Frauen sich auch in jüngeren Jahren für ein Kind entscheiden können, da sie finanziell abgesichert sind; Schule, Ausbildung, Studium oder Erwerbstätigkeit auch nach der Erziehungszeit fortgesetzt werden können; Kindererziehung und Erwerbstätigkeit sich besser vereinbaren lassen und die wirtschaftliche Benachteiligung der Eltern während der Kindererziehung und im Rentenalter aufgehoben wird.

Eine sozialpolitische Ausrichtung zum Wohle der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist längst überfällig!

1. Europäisches Kindergeld

Die Schaffung eines europäischen Kindergeldes neben dem nationalen Kindergeld soll Familien in ganz Europa unmittelbar stützen und fördern. Ein europäisch einheitlicher Betrag von 50€ pro Kind würde das Sozialgefälle innerhalb der Europäischen Union senken und in erster Linie Familien helfen.

Die Lebenshaltungskosten für Familien sind in den letzten Jahren aufgrund pandemiebedingter Schäden, gestörten Lieferketten und ausufernder Energiekosten innerhalb der Europäischen Union enorm gestiegen.

Ein (zu beantragendes) europäisches Kindergeld würde den Menschen innerhalb der Europäischen Union aufzeigen, dass Europa mehr ist als ein loser Staatenverbund, welcher lediglich aus (land-)wirtschaftlichen Interessen zusammenhält.

Die Einführung würde zudem eine inner-europäische Sozialflucht eindämmen.

Die Gesamtkosten inkl. den notwendigen Verwaltungsaufwand würden ca. 50 Mrd. € betragen. Finanziert werden soll dies nicht durch eine Umschichtung im EU-Haushalt, sondern durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und Schaffung einer Familienkasse.

Das oberste Ziel für die Familien-Partei Deutschlands ist ein kostendeckendes Kindergeld zu realisieren! Dies sieht vor, dass Familien für ein Kind (bezogen auf Deutschland) bis zum 6. Lebensjahr 319 €, bis zum 14. Lebensjahr 414 € und bis zum 18. Lebensjahr 475 € erhalten (europäisches + nationales Kindergeld).

Das zurzeit bezahlte nationale Kindergeld ist viel zu niedrig. Es betrug 2023 250 €. Eltern müssen derzeit den Differenzbetrag aus ihrem versteuerten Einkommen zuzahlen. Eine entsprechend notwendige Anpassung ist vorzunehmen.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir einen bedeutenden Vorstoß während der Ratspräsidentschaft von Deutschland und Portugal unternommen und sind zu dem Konsens gelangt, dass ein Splitting des Betrages von 50 € mehrheitsfähig wäre. 25 € sollen direkt an die Familien entrichtet werden und 25 € werden in die Gemeinde überwiesen, um Familien vor Ort zu unterstützen. Wir zielen darauf ab, dass jedes Kind in der Europäischen Union ein warmes Mittagessen gewährleistet werden muss!

2. Erziehungsgehalt

Die Familien-Partei Deutschlands tritt für ein (sozialversicherungspflichtiges) Erziehungsgehalt ein, das an alle Eltern gezahlt wird. Die häusliche Erziehungsarbeit muss der beruflichen Arbeit gleichgestellt werden! Dadurch erhalten sie echte Wahlfreiheit, ob sie ihr Kind vor allem in den ersten 3 Jahren selbst betreuen oder in eine Fremdbetreuung geben, die sie aus dem Erziehungsgehalt bezahlen. Kleinkinder brauchen Bindung an eine Person, damit sie innerlich gefestigt werden. Ab dem 3. Lebensjahr empfehlen wir den

Besuch eines kostenfreien Kindergartens.

Die Höhe des Erziehungsgehalt bei einem Mindestlohn von 12,41€ ist bei einem Kind bis zum 3. Lebensjahr auf 2.174 € brutto (1.550 € netto), bis zum 6. Lebensjahr 1.118 € brutto (951 € netto) und bis zum 12. Lebensjahr 559 € brutto (547 € netto) festzulegen.

Bei mehreren Kindern ist eine Obergrenze vorgesehen. Kommunale Familienberater sollen die Familien regelmäßig kontaktieren, damit eine sachgemäße Betreuung der Kinder gegeben ist.

3. Europäische Rente

Die Europäische Union soll durch die Kommission und das Parlament die Rahmenmöglichkeiten schaffen, dass die EZB einen Rentenfond verwaltet, welcher in (europäische) Anleihen und Wirtschaftsunternehmen investiert, um eine kapitalgedeckte Finanzierungssäule zeitlebens für die Rente zu schaffen. Jedem Unionsbürger soll so die Möglichkeit erhalten, sicher für das Alter am Kapitalmarkt vorsorgen zu können.

Eine entsprechende Förderung zur Vorsorge ist anzudenken, vor allem die Berücksichtigung von Kindern, um der Erziehungsleistung der Eltern unverzüglich gerecht zu werden. Zum Familienlastenausgleich gehört neben dem Erziehungsgehalt für die Arbeit, die ein Kind erfordert, ein Kindergeld, das die Mindestkosten, die ein Kind verursacht, abdeckt und auch eine Rente, bei deren Berechnung die wirklichen Erziehungszeiten berücksichtigt werden müssen. Für beide Eltern!

Durch das Erziehungsgehalt erwerben die betreuenden Eltern bereits einen Rentenanspruch. Die jetzigen Rentner haben als Eltern ihre Kinder unter erheblichen finanziellen Einbußen aufgezogen. Dafür werden zurzeit 3 Jahre bei ihrer Rente angerechnet. Laut Herzog-Kommission müssten es 6 Jahre

sein. Die Familien-Partei Deutschlands tritt für eine entsprechende Erhöhung auf nationaler Ebene ein, die pro Kind mehr als 100 € im Monat betragen muss!

Der europäische Rentenfonds soll die Altersvorsorge von Unionsbürgern auf eine weitere, sichere Säule stellen, da gegenwärtige viele nationale Rentenmodelle der Mitgliedsstaaten durch den demografischen Wandel existenziell bedroht sind!

4. Wahlrecht ab Geburt

Eltern mit Kindern stellen etwa 50 Prozent der Bevölkerung, aber nur 30 Prozent der Wahlberechtigten dar. Alle unterliegen den Steuern und Abgaben. Eltern zahlen z.B. für Ihre Kinder immer die vollen Verbrauchssteuern, die Kinder haben jedoch bei der demokratischen Wahl - bei der auch über ihre Zukunft entschieden wird - keinerlei Mitbestimmungsrecht.

Wir begrüßen daher ein schrittweises Absenken des Wahlalters bei allen Wahlen in unserer Demokratie. Bei der anstehenden Europawahl sind erstmals 16-Jährige wahlberechtigt. Nach unserem Verständnis sollte jeder Unionsbürger in einer Demokratie sein Recht auf eine Teilnahme an einer Wahl spätestens ab dem Zeitpunkt erhalten, ab dem er sich in ein Wählerverzeichnis einmalig selbstständig eintragen lässt. Dies kann dann auch bereits vor dem 16. Lebensjahr der Fall sein.

Der starre Ausschluss von einer Wahl ist in einer modernen Demokratie im 21. Jahrhundert nicht erforderlich.

5. Erleichterung der Annahme einer Ausbildung

Innerhalb der europäischen Union muss eine Möglichkeit geschaffen werden, dass für europäische Jugendliche und Heranwachsende die Annahme einer Ausbildung in einem anderen Mitgliedsstaat vereinfacht und gegebenenfalls gefördert wird. Hintergrund ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen (meist südlichen) Ländern. Wenn Europa eine Zukunft haben

möchte, muss es heute in die Jugend investieren. Die Jugend von heute sind die kommenden Wähler und Bürger der nächsten Jahrzehnte. Ein entsprechendes Netzwerk ist aufzubauen, um die Generation nicht zu verlieren.

6. Kostenloses einjähriges Bahnticket

Die Idee eines Interrail-Tickets wurde bereits innerhalb der Europäischen Union erörtert und mit einem kleinen Kontingent umgesetzt. Wir sind der Auffassung, dass wir es allen steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürgern einmal im Leben ermöglichen sollten ein Jahr durch Europa reisen zu können.

Starre Altersgrenzen lehnen wir hier aus Gründen der Altersdiskriminierung ab.

7. Kinderrechte stärken

Kinder haben keine Wahlstimme, sind aber die Zukunft unserer Gesellschaft. Jede Investition in unsere Kinder wird der Gesellschaft als Nachhaltigkeitsdividende zurückbezahlt. Der Steuerzahler von Morgen wird die Sozialversicherungssysteme der Zukunft finanzieren und festigen, sofern entsprechend unterstützt.

Daher kämpfen wir in einem ersten Schritt für eine kostenlose Mahlzeit für jedes Kind in Europa und eine kostenneutrale Schulbildung welche Schulmaterialien und -fahrten einschließt.

Die UN-Kinderrechtskonvention muss eine feste Leitlinie für europäische Politik sein. Bei der Festschreibung müssen die Elternrechte gewahrt und das Grundprinzip des staatlichen Wächteramtes aufrechterhalten bleiben.

8. Europäische Wohnungsoffensive

Wohnungsnot ist ein zentrales Thema vieler Menschen im Alltag und ist die Folge einer mangelhaften Politik in den jeweiligen Mitgliedsstaaten. Ob künstliche Verknappung durch Ferienangebote und dem Wegfall von Wohnungen auf dem Markt, oder schlichte Fehlplanungen, überhöhte

Baustandards, sowie die Untätigkeit bei offensichtlichen Spekulationsgeschäften. Die Union wird handeln müssen, um das politische Defizit vieler nationaler Regierungen auszugleichen, um den Menschen eine wichtige Existenzgrundlage zu schaffen, bzw. zu erhalten. Insbesondere braucht es staatlichen Wohnungsbau!

III. Wirtschaft und Finanzen

Die wirtschaftliche Verflochtenheit und finanzielle Verbundenheit der europäischen Mitgliedsstaaten machen das Wesen der Europäischen Union im Kern aus.

Geht es dem Kontinent Europa wirtschaftlich und finanziell gut, so sind auch die Aussichten als Mitgliedsstaat für die Bundesrepublik Deutschland positiv. Der innereuropäische Handel ist für die Exportnation Deutschland eine sehr wichtige Stütze geworden. Ohne die europäische Binnennachfrage, welche auch auf die Gemeinschaftswährung Euro zurückzuführen ist, würde sich die Entwicklung des Wirtschaftswachstums der Bundesrepublik Deutschland anders gestalten.

Nichtsdestotrotz sind nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem in guten Wirtschaftsjahren die Maßnahmen zur Vorsorge einer gegenläufigen Entwicklung durchzusetzen.

Im Wahlprogramm für die Europawahl 2019 hatten wir folgendes bereits angemahnt: „Die EZB stützt seit geraumer Zeit mit der Niedrigzinspolitik in erster Linie die südlichen Europäischen Mitgliedsstaaten, aber treibt zugleich auch die Börsen und Immobilienpreise in ungeahnte Höhen. Die Fallhöhe für die nächste Wirtschaftskrise nimmt Zusehens gefährliche Höchststände an.“

Inzwischen ist die Wirtschaftskrise da. Der normale Bürger hat aufgrund der erzwungenen Zinserhöhung durch die Inflation keine wirkliche Chance mehr sich den Traum von den eigenen 4 Wänden zu ermöglichen. Durch Zuwanderung steigt der Druck auf den verfügbaren Wohnraum weiter an. Der Transformationsprozess der Wirtschaft wird viele Gewinner, aber ebenso Verlierer hervorbringen.

1. Finanztransaktionssteuer

Seit 2011 wird versucht eine Finanztransaktionssteuer in der europäischen Union umsetzen. Der letzte Vorstoß von Frankreich und Deutschland 2019 war unzureichend in der Ausgestaltung. Lediglich Aktien zu besteuern ist absurd.

Es geht gerade um den Derivate-, Anleihen- und den Hochfrequenzhandel! Eine aktuelle Studie des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, kommt zu dem Ergebnis, dass die Einführung einer solchen Steuer aus ökonomischer Sicht befürwortet werden kann.

Wir setzen uns daher für die Einführung eine vollumfänglichen Transaktionssteuer ein, um die Finanzindustrie angemessen an den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu beteiligen.

Die Finanztransaktionssteuer muss innerhalb der europäischen Union eingeführt werden. Sie soll lediglich 0,2 % für jeden Kauf und Verkauf eines Finanzproduktes an allen innereuropäischen Börsen (inkl. des Direkthandels innerhalb von Bankhäusern – Koppelung an der Banklizenz!) betragen. Die Einnahmen sollen hälftig den Mitgliedsstaaten zukommen und hälftig in einen europäischen Sozialfond einfließen, aus welchem u.a. das europäische Kindergeld bezahlt werden soll.

Die Höhe von 0,2 % ist so gering, dass keine nennenswerten Auswirkungen auf die Rendite von normalen Anlegern zu befürchten sind. Die einzigen nennenswerten Auswirkungen werden im Hochfrequenzhandel und eventuell im aufstrebenden Markt der „Robo-Advisor“ zu erwarten sein, welche auch als mitursächlich für die dramatischen Entwicklungen der Finanzkrise angesehen werden können.

Eine flächendeckende Abwanderung zur Umgehung der Finanztransaktionssteuer ist zudem nicht zu befürchten, da es eine europäische Banklizenz für den Handel mit Finanzprodukten bedarf. Großbritannien hat

bereits erfahren, was dies bedeutet. Nach dem harten Brexit ist die Finanzindustrie weitestgehend aus London abgewandert.

2. Europaweit geltende Kapitalertragssteuer von 25 - 35%

Durch eine EU-Richtlinie sollte eine einheitliche Kapitalertragssteuer innerhalb der Europäischen Union flächendeckend eingeführt werden, um vorsorglich Steuerflucht zu vermeiden. Diese sollte 35% nicht überschreiten, aber 25% auch nicht unterschreiten. Die Einnahmen bleiben bei den zu erhebenden Mitgliedsstaaten.

Zugleich müssen die Freibeträge für Zinserträge erhöht werden, um der Mittelschicht einen einfacheren Vermögensaufbau gewährleisten zu können. Der gegenwärtige Freibetrag in Deutschland ist von 1000 € auf 2500 € zu erhöhen (5000 € bei verheirateten). Zudem ist pro Kind ein zusätzlicher Freibetrag von 1000 € zu gewähren, wobei die Freibetragshöchstgrenze insgesamt bei 10.000 € anzusiedeln ist.

3. Einführung europäischer Mindeststeuersätzen

Die Familien-Partei Deutschlands tritt für die Einführung europäischer Mindeststeuersätze ein, um den weltweiten galoppierenden Steuerwettbewerb wenigstens innerhalb der EU (und deren Überseegebiete!) einzudämmen, aber dennoch in einem gesunden Maß zu ermöglichen. Vor allem kleine Staaten haben auf Grund Ihrer (Infrar-)Struktur die Möglichkeit sehr niedrige Steuersätze zu verlangen u.a. durch niedrige Staatskosten. Größere Länder hingegen habe diese Möglichkeit nicht. Um diese zu schützen, muss ein Mindestunternehmenssteuersatz für Unternehmen innerhalb der europäischen Union von 15% eingeführt werden. Darüber hinaus kann der freie Steuerwettbewerb unterhalb der Mitgliedsstaaten stattfinden.

Geheime Absprache zwischen Unternehmen und Staaten der Europäischen EU (Irland/Apple; Amazon/Luxemburg) sollen so für illegal erklärt werden und europäischen Finanzgerichten die Möglichkeit geben, den vermeintlich ersparten Betrag mit dem 3-fachen Wert zusätzlich zu bestrafen.

Darüber hinaus ist bei international operierenden Konzernen der zu versteuernde Betrag in Relation zum Umsatz im jeweiligen Mitgliedsstaat zu setzen. Erzielt demnach ein Unternehmen 70% des Umsatzes in Frankreich und 30% in Deutschland sind die entsprechenden Steuern im jeweiligen Mitgliedsstaat zu entrichten.

Große Unternehmen können sich nicht einerseits die bestehende Infrastruktur (Bildungsstand, Verkehr, etc.) nutzen, sich aber dem notwendigen Finanzierungsbedarf durch Steuervermeidung entziehen, indem sie ihre Gewinne in Steueroasen transferieren.

Eine steuerliche (Mindes-)Gesamtbelastung im Unternehmen (Gewerbsteuer + Körperschaftssteuer) von 15% (in Deutschland gegenwärtig bei ca. 30% bei Kapitalgesellschaften) hält die Familien-Partei Deutschlands für notwendig, um die innereuropäische Steuervermeidung zu verhindern.

Unternehmen, die Staatsgelder zur Unterstützung bedürfen, dürfen keine Bonuszahlungen an das Management oder Dividenden für 2 Jahre ausschütten.

4. Entzug der Banklizenz

Jede Bank, der nachgewiesen wird, dass sie Anleger bei der Steuerflucht behilflich war, hat eine Strafe von dem dreifachen der Summe zu erwarten, welche sie im Sinne der Steuerzahler veruntreut hat. In einem nächsten Schritt (bei Wiederholung) wird die europäische Banklizenz als ultima ratio entzogen und der Handel mit europäischen Finanzprodukten untersagt.

5. Euro-Bonds / Manacle-Bonds

Wir sind gegen die Einführung von Euro-Bonds, welche nur den Zweck verfolgen, südlich finanziell angeschlagene Staaten bei der Staatsfinanzierung günstige Konditionen zu ermöglichen, da neben den zu haftenden emittierenden Staat (vermutlich wird dies durch eine europäische Institution geschehen) durch die Euro-Bonds alle involvierten Staaten gemeinschaftlich

haften.

Die Bundesrepublik Deutschland wäre somit Schuldner für Schulden anderer Staaten ohne Einfluss auf die Verwendung der Gelder zu haben!

Dies wäre ein untragbarer Umstand und hätte zur Folge, dass der Reformdruck, der durch hohe Zinsen für Staatsanleihen entsteht, umgangen wird und die zu bewältigen Strukturprobleme nicht behoben, sondern wie gewohnt von Wahl zu Wahl verschoben werden.

Euro-Bonds würden nach unserer Auffassung sinnvoll sein, wenn sie von einem europäischen Finanzminister verwaltet und die Gelder gezielt zum Aufbau der europäischen Wirtschaft verwendet werden, welche allen Mitgliedsstaaten nutzen.

Große Infrastruktur Projekte wie Stromleitungen und Verkehrswege wären sehr gut geeignete Anwendungsbeispiele.

Wir haben als Alternative die Manacle-Bonds ins Spiel gebracht. Gemeinsame Anleihen dürfen demnach nur ausgebracht werden, wenn es eine gemeinschaftliche, europäische Ausgabe ist. Auf diesem Wege könnten wir die Energiewende enorm pushen und ein europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz schaffen, um Binnenflüge weitestgehend einzudämmen. Europäische Investitionen in eine gemeinsame europäische Zukunft.

6. Freihandelsabkommen

Die Notwendigkeit von Freihandelsabkommen erkennt die Familien-Partei Deutschlands an. Rechtsgeschäfte bedürfen gemeinsamer Regelungen und Vereinbarungen. Einheitliche Maßstäbe vereinfachen den Rechtsverkehr ungemein und bewirken positive wirtschaftliche Effekte wie durch den Wegfall von Zollbestimmungen.

Bei der Schließung von Freihandelsabkommen muss die EU auf Augenhöhe agieren. Freihandelsabkommen, welche die EU im besonderen Maße einseitig nutzen, wie bspw. das Freihandelsabkommen mit Mauretanien, müssen auf

eine faire Basis nachverhandelt werden.

Das Ausbeuten wirtschaftlich schwacher Marktteilnehmer muss im Interesse der EU eingestellt werden. Perspektivlosigkeit ist der Antrieb zur Flucht.

Darüber hinaus müssen Freihandelsabkommen nicht nur fair, sondern auch transparent gestaltet werden und dabei den Menschen Europas das größtmögliche Mitspracherecht eingeräumt werden.

7. Bargeld

Die Familien-Partei Deutschlands bekennt sich offen zum Erhalt des Bargelds. Eine zu starke Bargeldbeschränkung oder gar Abschaffung ist nicht zielführend.

Die Kosten des Bargelds liegen allein in Deutschland zwar bei einem zweistelligen Mrd. Betrag, jedoch ist die Wahlfreiheit das Wesen einer jeden Demokratie und fortgeschrittenen Gesellschaft.

Eine dem Normalverbraucher nicht betreffende Höchstgrenze an Bargeldgeschäften steht die Familien-Partei Deutschlands offen gegenüber, um illegale Geschäfte zu erschweren.

8. Digitaler Euro

Neuen Technologien stehen wir offen gegenüber. Die gegenwärtige Bestrebung jedem Bürger ein Konto bei der EZB bis maximal x000 € einzuführen ist ein wichtiger und richtiger Schritt, um im Digitalen Zeitalter auch eine Basis zu haben. Wir brauchen europäische Lösungen, um uns auch von ausländischen Bankensystemen unabhängiger zu machen.

Ein großer Vorteil bei der Umsetzung des digitalen Euros sehen wir vor allem darin, dass es endlich möglich sein wird, Direktzahlungen an die Bürgerinnen und Bürger unbürokratisch zu ermöglichen. Gerade in Krisenzeiten braucht es schlagkräftige Instrumente, die bei Bedarf hoch effizient sind.

Zur Erinnerung. Der deutsche Finanzminister Lindner schafft es nach über

einem Jahr nicht eine IBAN mit der Sozialversicherungsnummer zu verbinden, um schnellstmöglich in unvorhersehbaren Krisenzeiten den Menschen und Familien finanziell zu helfen.

Über einen digitalen Euro könnten sich auch Manacle-Bonds zur Investitionsförderung der Mitgliedsstaaten realisieren lassen.

IV. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist gegenwärtig das einzige zentrale Thema, welches die Europäische Union mit einer eigenen Wirtschaftspolitik verfolgt. Dies zeigt sich auch am EU-Agrarhaushalt, welcher als einziger im EU-Haushalt geführt wird.

1. Export von Agrarprodukten

Die europäische Union muss ihrer globalen Verantwortung gerecht werden.

Der Export von subventionierten Agrarprodukten, welche heimische Märkte wie in Afrika in ihrer Existenz bedrohen, gehört stärker reglementiert. Die Zerstörung ausländischer Agrarmärkte in wirtschaftlich schwachen Regionen kann nicht im Interesse der europäischen Mitgliedsstaaten sein, angesichts des Zustroms an Menschen, welche aus Perspektivlosigkeit ihre Heimat verlassen (müssen).

Jede wirtschaftliche Entwicklung hatte ihren Ursprung in der Landwirtschaft. Erst dann entstanden Industrie und zuletzt der Dienstleistungssektor.

Die Bedrohung durch europäische Agrarprodukte für die viele ausländische Landwirtschaften, insbesondere in Entwicklungsländern, nimmt immer dramatischere Auswirkungen an. Im eigenen Interesse muss die europäische Union ihre Politik des Agrarexports überdenken.

2. Keine Benachteiligung der Nebenerwerbslandwirte

Die Europäische Union betreibt gegenwärtig eine Politik des „get big or get out“ und subventioniert zuvörderst große Agrarbetriebe.

Um amerikanische Verhältnisse in der Landwirtschaft zu verhindern und die

Vielfalt der europäischen Landwirtschaft zu wahren, muss die Europäische Union ihre einseitige Förderpolitik aufgeben und Nebenerwerbslandwirte ebenso bei der Förderung berücksichtigen.

3. Grundrecht auf Wasser

Die Ressource Wasser ist für die Menschheit essenziell. Durch die intensive Landwirtschaft werden die Wasservorräte auf der Welt zunehmend bedroht.

Auch das Grundwasser wird zunehmend durch die Landwirtschaft wie durch den Pestizideinsatz und die Verwendung von tonnenweiser Verwendung von Gülle belastet. Die Nitratwerte erreichen stets neue Höchststände.

Eine gestärkte Umweltschutzbehörde muss das zu schaffende Grundrecht auf sauberes Wasser durchsetzen und durch Kontrollen mit Unterstützung nationaler Behörden bewahren.

Zudem muss die Europäische Union Wasser als ein liberales Wettbewerbsprodukt untersagen umso eine stetige Wasserversorgung für alle EU-Bürger zu gewährleisten.

Eine Privatisierung von Wasser jeglicher Art muss strengstens kontrolliert werden. Wassergenossenschaften stellen einen wirtschaftlich vernünftigen Ansatz dar. Kapitalgesellschaften hingegen, welche verpflichtet sind ausschließlich gewinnorientiert für Aktionäre zu handeln, sollten vom Geschäft mit dem Wasser ausgeschlossen werden.

4. Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat

Der Pestizideinsatz wie Glyphosat muss sehr restriktiv angewandt werden und starke Pestizide, die nachweislich die Umwelt in einem Ausmaße stören, dass nachhaltige Schäden für die Umwelt zu befürchten sind, sind unverzüglich zu verbieten.

Durch Glyphosat wird die Insektenwelt derart zerstört, sodass die Nahrungskette fundamental in ihrem Bestand bedroht wird und erhebliche

Auswirkungen auf weitere Tierarten verzeichnet werden.

Die Europäische Union muss weniger die Intensive Landwirtschaft und mehr die nachhaltige Landwirtschaft fördern. Eine entsprechende Umverteilung ist anzustreben.

Wir dürfen den einzelnen Landwirt nicht aus den Augen verlieren. Eine bezahlbare und sichere Lebensmittelproduktion ist für jede Zivilgesellschaft unerlässlich. Entsprechend ist mit Umsicht und Weitsicht zu handeln und anpassungsfähige Übergangsvorschriften zu wahren. Miteinander die Welt verbessern, statt behelrend einseitige Durchsetzungen zu vollziehen.

5. Tierschutz

Die Europäische Union muss sich klar zum Tierschutz bekennen.

Tierversuche sind vom Grundsatz her zu verbieten und nur bei nachgewiesener zwingender Notwendigkeit befristet genehmigungsfähig.

Die intensive Landwirtschaft und die folgenschwere Monokultisierung der Landwirtschaft u.a. durch die Massentierhaltung und das Betreiben von Biogasanlagen dürfen nicht zusätzlich durch Förderprogramme und (Fehl-)Anreize gestärkt werden.

Die Massentierhaltung muss grundsätzlich eingedämmt werden. Zum Wohle der Tiere bedarf es europaweite einheitliche verbesserte Bedingungen, auch um Wettbewerbsvorteile einzelner Mitgliedsstaaten mit weniger Tierschutz zu unterbinden.

Darüber hinaus muss eine eindeutige Kennzeichnungspflicht für Fleischprodukte innerhalb der europäischen Union umgesetzt werden, um allen Verbrauchern hinreichende Informationen zukommen zu lassen, damit dieser sein Konsumverhalten am Tierwohl ausrichten kann.

V. Energie, Umwelt und Klima

Die europäische Union muss deutlich mehr ihre gemeinschaftliche Verantwortung übernehmen, wenn es um die Bekämpfung des Klimawandels und den Umweltschutz geht. Essenziell erachtet die Familien-Partei Deutschlands eine gemeinschaftliche Energiepolitik, welche der Schlüssel großer struktureller Probleme darstellt. Sowohl der Atomausstieg als auch der Kohleausstieg sind zwingend notwendig, um den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen und die globalen Klimaschäden einzudämmen.

1. Energiewende

Die Energiewende muss europäisch gedacht werden. Der windreiche Norden muss mit dem sonnenreichen Süden mit vorhandenen Wasserkraftwerken in den Alpen und Skandinavischen Ländern enger kooperieren, um die Nutzung erneuerbaren Energien europaweit auszubauen.

Aufbau eines europäischen Stromnetzes, um eine europaweite Energiewende zu ermöglichen (Ausbau und Förderung der Solar- und Photovoltaikenergie in den Südstaaten Europas, Nutzung Wasserkraft aus den Skandinavischen Ländern).

Für den Ausbau einer europäischen Energiewende ist das Nutzen von Manacle-Bonds zur Finanzierung ein geeignetes Instrument. Ein grünes Europa, welches Emissionen und Immissionen erheblich reduzieren kann, nutzt allen Europäern in gleichem Maße und schafft keine Fehlanreize.

Energie- und Solarparks sind zudem ein Jobmotor in entsprechenden Mitgliedsstaaten und kreieren überwiegend gut bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

2. Aufbau eines europäischen Stromnetzes

Ein europäisches Stromnetz soll lediglich die Himmelsrichtungen durch Stromautobahnen miteinander verbinden, um eine europäische Energiewende

von Anfang an effizient zu gestalten. Bestehende Netze sollen bei Geeignetheit in Absprache mit den jeweiligen Mitgliedsstaaten ausgebaut werden. So sollen Synergien von Wind- und Sonnenenergie genutzt werden können. Darüber hinaus sind Wasserkraft- und Pumpspeicherwerke (Alpen und Skandinavien) einzubinden.

Fehler, wie sie bei der deutschen Energiewende gemacht werden, dürfen nicht wiederholt werden. Der Umstand, dass in Deutschland Mrd. € im Jahr aufgewendet werden, um Betreiber von Windparks und Solaranlagen zu entschädigen, auf Grund des Einspeisungsstopps durch Fremdabschaltung aufgrund von Spannungsspitzen, ist ein Phänomen mangelhafter Koordinierung und Umsetzung.

3. Marktübliche Energiepreise und kein europäisches EEG

Durch engere Kooperation und Effizienz, sowie die Finanzierungsmöglichkeit entstehen welche einseitig den Verbraucher belastet. Anstelle der Förderung von konventionellen Kraftwerken müssen etwaige Subventionen zugunsten der zukünftigen Energien umgeschichtet werden.

Falls eine europäische, einheitliche Umsetzung scheitern sollte (auf Grund dem Festhalten an nationalen Interessen), ist eine Umsetzung mit interessierten Mitgliedsstaaten anzustreben, auch wenn die langfristig eine Benachteiligung der Stromwerte beuteten sollte für nationale Strommärkte, welche sich vom gemeinsamen Strommarkt entzogen haben.

Aus dem ehemaligen Gedanken der Gemeinschaft für Kohle und Stahl muss eine Gemeinschaft der sauberen Energie erstarken.

4. Stärkung der Europäischen Umweltagentur (EUA)

Die Europäische Umweltagentur (EUA) muss umgestaltet werden. Hier jetziger Aufgabenbereiche umfasst lediglich das Präsentieren von sachdienlichen Informationen und Daten im Bereich der Umwelt.

Die EUA muss Befugnisse erhalten nach dem Vorbild der amerikanischen

Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA). Hierfür müssen europäische Umweltschutzgesetze erlassen werden, welche von der EUA kontrolliert und gegeben falls bestraft werden.

Die Notwendigkeit einer starken europäischen Umweltbehörde haben die skandalösen Vorgänge bezüglich des Dieselskandals offenbart. Nationale Behörden haben sich dem Lobbyismus unterworfen und sind in ihrer Handlungsfähigkeit massiv beschränkt.

Ohne die EPA wäre der Dieselskandal vermutlich nie aufgedeckt worden.

Nach unserem Verständnis haben insbesondere die nachfolgenden Generationen ein Anrecht auf eine intakte Umwelt.

5. Co2 Zertifikate

Der Emissionsrechtehandel ist ein Instrument der europäischen Umweltpolitik, um mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten die Schadstoffemissionen zu verringern. Damit die Eindämmung des Klimawandels überhaupt gelingen kann, muss der Emissionsrechtehandel grundlegend reformiert werden, um in naher Zukunft Effizient seine angedachte Wirkung entfalten zu können. So ist der Anteil der handelbaren Zertifikate jährlich um mehr als 4% zu senken, sodass der Emissionsrechtehandel ein wirkungsvoller Grundpfeiler der europäischen Umweltpolitik wird.

VI. Infrastruktur

Europa braucht eine starke Infrastruktur, welche die Grundlage des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens darstellt. Der längst überfällige Ausbau auf allen Ebenen, muss auch zugleich als Jobmotor Europas verstanden und genutzt werden.

1. Verstärkte Förderung von Großprojekten

Europäische Gemeinschaftsprojekte müssen angedacht werden, welche ein verbindendes Element zur Bevölkerung schaffen können.

Eine europäische Energiewende kann das erste zentrale Großprojekt der Europäischen Union werden, um des ersten „grünen“ Kontinent zu schaffen.

Unabhängig von einer möglichen politischen und wirtschaftlichen Strahlkraft wäre eine europäische Energiewende ein deutliches Zeichen gegen den Klimawandel und die weltweite Umweltzerstörung.

2. Innereuropäische Mobilität

Die innereuropäischen Verkehrswege müssen näher und besser miteinander vernetzt werden. Im Bereich des Schienenverkehrs ist viel ungenutztes Potential.

Vor allem in Anbetracht der Zunahme von Reisenden und Passagieren ist ein europäischer Schnellzug, welcher europäische Großstädte schnellstmöglich miteinander verbindet, um konkurrenzfähig zum Flugzeug zu werden.

Die Zunahme des Luftverkehrs ist eine ernsthafte Bedrohung für unser weltweites Klima.

Durch grünen Strom ist es möglich, den Schienenverkehr auf leichte und weniger komplizierte Art umzustellen durch die Nutzung von elektrischen Oberleitungen.

Wie schwerlich der Umstieg von konventionellen Antrieben auf „nachhaltigere“ Antriebe ist, zeigt die schleppend verlaufende Entwicklung der Elektromobilität in der Automobilindustrie. Unabhängig von einer theoretischen Umsetzbarkeit der Elektromobilität in der Automobilindustrie ist es sehr unwahrscheinlich, dass nach einer vollzogenen Revolution im kommenden Jahrzehnt noch genügend Rohstoffe (seltene Erden, Kobalt, Graphite, ...) zur Verfügung stehen werden, alle Verkehrsflugzeuge umrüsten zu können. Die Batterieherstellung nach derzeitigem wissenschaftlichem Stand ist nicht unbegrenzt möglich.

Die Städte Europas ersticken zunehmend an der Verkehrsbelastung.

Die Familien-Partei Deutschlands fordert daher ein umfassendes gesamt europäisches Konzept zur Entlastung unserer Innenstädte.

VII. Verteidigung / Inneres

Im 21. Jahrhundert hat die Welt sich stark gewandelt. Verteidigungsarmeen arbeiten immer vernetzter und stärker zusammen, um gemeinsame Aufgaben bewältigen zu können. Darüber hinaus müssen auch die Polizeibehörden näher zusammenarbeiten. Eine europäische Vernetzung untereinander mit entsprechendem Datenaustausch ist für die Sicherheit der Bürger unerlässlich.

1. Ausbau Auskunftsrechte innereuropäischer Behörden

Die Behörden der Mitgliedsstaaten müssen vor allem in Hinsicht der Terror- und Kriminalitätsbekämpfung vernetzter zusammenarbeiten und auf gemeinsame Datenbanken zugreifen können. Eine europäische Antiterrorgruppe, verteilt auf einzelne Mitgliedsstaaten ist unerlässlich.

2. Umgang mit Flüchtlingen

Es ist eine Schande, dass auch bei dieser Wahl die Flüchtlinge thematisiert werden müssen, weil immer noch keine nachhaltigen Lösungen geschaffen wurden.

Die Familien-Partei Deutschlands setzt sich für die Einhaltung von Dublin III ein, aber fordert eine bindende europäische Verteilungsquote, um die Grenzstaaten zu entlasten.

Um einheitliche Verfahren gewährleisten zu können, müssen europäische Rechtsrahmen geschaffen, nach denen einheitlich entschieden wird, wer als schutzbedürftig zu erklären ist und unter welchen Bedingungen jemand innerhalb der europäischen Union leben kann (Einwanderungsgesetz).

Darüber hinaus sind Hilfsleistungen zu definieren, welche auch nationalen Staaten bei Unterbringung und Integration unterstützen sollen.

Die Familien-Partei Deutschlands ist zudem für eine aktive Bekämpfung von Fluchtursachen. Wie zu Themen der Landwirtschaft und Wirtschaft ausgeführt

wurde, muss man Wirtschaften anderer Länder aktiv aufbauen und nicht mit Billigexporten hemmen, gar zerstören.

Perspektivlosigkeit ist die treibende Kraft vieler Geflüchteter und muss durch Schaffung wirtschaftlich nachhaltiger Strukturen beseitigt werden.

Flüchtlinge aus Krisenregionen bedürfen unseren europäischen Schutz, dabei muss Europa ein guter Gastgeber sein und den Menschen helfen und unterstützen so gut es geht. Sie sollen dabei aus unserer Kultur so viel lernen und mitnehmen, wie sie können. Mitnehmen, da von vorneherein klargestellt werden muss, dass sie Gäste sind und sobald human vertretbar sie auch wieder zurück in ihr Land müssen, um dieses wieder aufzubauen.

Sonst werden zahlreiche Gebiete Weltweit destabilisiert und ewige Krisenherde bleiben. Europa und seine Flüchtlingspolitik müssen an unseren christlichen Grundwerten der Nächstenliebe und Toleranz ausgerichtet sein.

Für dumpfe rechte Parolen und Rassismus ist in Europa kein Platz.

Das Europäische Parlament steht jedoch auch in der Pflicht auf eine weltweite einheitliche Flüchtlingspolitik hinzuwirken, unter der Schirmherrschaft der UN.

3. Standardisierte Militärobjecte

Militärische Objekte wie Kampflugzeuge und Panzer müssen standardisiert und von europäischen Rüstungsfirmen produziert werden. Sie sollten ausschließlich der Verteidigung Europas dienen.

Hierdurch sollen nicht nur die Kosten erheblich reduziert werden, sondern auch eine restriktive Haltung bei Waffenexporten durchgesetzt werden können.

Waffenexporte in Krisenregionen sind grundsätzlich zu ächten. Das Europäische Parlament muss dabei die Kontrollhoheit haben und weisungsbefugt sein.

4. Einsetzung einer Europäischen Armee

Eine europäische Armee ist im 21. Jahrhundert unerlässlich, um kosteneffizient entsprechende Aufgaben wahrnehmen zu können. Das Vorhalten größerer

nationaler Armeen ist nicht nur kostenintensiv, sondern bei der Umsetzung etwaiger gemeinsamer Missionen, beispielsweise innerhalb der NATO, nicht unkompliziert.

Durch eine europäische Armee gäbe es einen Ansprechpartner, der stark gerüstet ist, um auch größere militärische Aufgaben allein übernehmen zu können.

Darüber hinaus würde eine europäische Armee den europäischen Leitgedanken des Friedens mehr als verdeutlichen.

Das Recht, nationale Armeen zu unterhalten soll jedoch nicht berührt werden. Die Aufgaben nationaler Armeen sind gegenwärtig bei den europäischen Mitgliedsstaaten zu verschieden, um sie einfach durch eine europäische Armee zu ersetzen. Zudem soll nicht das Gefühl der nationalen Entmündigung entstehen. Eine europäische Armee soll Synergien nutzen und freisetzen, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

VIII. Parlamentsrechte stärken

Die Rechte des europäischen Parlaments, welches als einzige Institutionen von den europäischen Bürgern gewählt werden kann, muss eine erhebliche Stärkung erfahren. Es ist unzumutbar, dass sich ein Parlament „Parlament“ nennen darf, obwohl die wichtigsten Entscheidungen von der europäischen Kommission verwirklicht werden.

Ein Modell wie es in Deutschland mit Bundestag und Bundesrat praktiziert wird, ist mindestens wünschenswert. Eine Differenzierung zwischen Zustimmung- und Einspruchsgesetzen, sollte allen Interessen ausreichend gerecht werden.

Aber ein hauptsächliches Vorschlagsrecht als maßgebendes Element ist eines Parlaments einfach unwürdig.

Wählen Sie die Familien-Partei Deutschlands für ein Europa der Möglichkeiten und Chancen und damit unsere nachfolgenden Generationen in Frieden und Freiheit aufwachsen können